

Emmendingen, 26.03.09

Pressemitteilung der Integrativen Waldorfschule Emmendingen, Parkweg 24, 79312
Emmendingen

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Löser, Geschäftsführung

Tel. 07641 / 959938011

loeser@waldorfschule-emmendingen.de

Baden-Württemberg übernimmt Vorreiterrolle bei der Integration

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat in seiner heutigen Entscheidung der Klage der Integrativen Waldorfschule Emmendingen auf Genehmigung stattgegeben und damit die Rechte von Menschen mit Behinderung gestärkt.

Das große Engagement nicht nur der Eltern und der Lehrer der Integrativen Waldorfschule Emmendingen, sondern auch vieler Menschen und Verbände bundesweit hat Erfolg gezeigt. Die Bedeutung, die diese Entscheidung nicht nur für Baden-Württemberg hat, zeigt sich u.a. auch dadurch, dass die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Frau Karin Evers-Meyer, die Schule am 15. Mai besuchen wird. So können die Vertreter Baden-Württembergs auf der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 6./7. Mai in Berlin geplanten Nationalen Konferenz zu Artikel 24 des UN-Abkommens berichten, dass die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg im Bildungswesen des Landes fortgeschritten ist.

Daher hofft die Schulgemeinschaft, dass das Kultusministerium die Entscheidung des Gerichts akzeptiert und somit Rechtssicherheit für Eltern, Schüler und Kollegium einkehrt. Die Hoffnung ist berechtigt, da sich in der letzten Zeit nicht nur die Landtagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Genehmigung der Schule eingesetzt haben, sondern auch Abgeordnete der Regierungsfractionen, wie die Pressemitteilung des Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Jörg Döpfer, vom 11.03.09 zeigt.

Die Schulgemeinschaft bedankt sich bei den vielen Menschen, die das Anliegen unterstützt haben. Stellvertretend für alle seien hier die Landtagsabgeordneten des Wahlkreis Emmendingen, Marianne Wonnay, Marcel Schwehr und Dieter Ehret, die Landtagsabgeordneten Renate Rastätter und Dr. Birgit Arnold, Rechtsanwalt Prof. Michael Quaas sowie Christian Schad und Dr. Albrecht Hüttig vom Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft bzw. des Bundes der Freien Waldorfschulen Deutschlands genannt.

